



Landeselternbeirat · Mittlere Bleiche 61 · 55116 Mainz

Mainz, den 19. Januar 2007

## **Stellungnahme des Landeselternbeirats, Rheinland-Pfalz Anhörverfahren des Ausschusses für Bildung und Jugend**

Der Landeselternbeirat beurteilt den Antrag der CDU Landtagsfraktion „Einführung des Gymnasiums in achtjähriger Form“ (v. 29.06.2006, Drucksache 15/60) und den Antrag der FDP Landtagsfraktion „Abitur nach zwölf Jahren – Weiterentwicklung und Stärkung rheinlandpfälzischer Gymnasien“ (v. 04.07. 2006, Drucksache 15/79) sowie das Konzept „Verkürzung der gymnasialen Schulzeit im Rahmen einer Ganztagschule (G8GTS)“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK, v. 23.11.2006) unter folgenden Leitlinien:

**Leitlinien** des Landeselternbeirats zur Einführung eines verkürzten gymnasialen Bildungsganges (G8):

### **Ziel:**

Unsere Gesellschaft braucht eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die dazu befähigt werden, das Abitur abzulegen. Ein Konzept zur Einführung des G8 muss deshalb geeignet sein, die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten zu steigern oder wenigstens konstant zu halten.

Voraussetzungen, die für den Landeselternbeirat unabdingbar sind:

- 1. G8GTS in gleicher Ausstattung wie die GTS in Angebotsform**
- 2. Überarbeitung und Straffung der Lehrpläne**
- 3. Umsetzung der Bildungsstandards**
- 4. Steigerung der Unterrichtsqualität**
- 5. Umsetzung der individuellen Förderung**
- 6. Durchlässigkeit**
- 7. Hausaufgabenkonzept**

In diesem Zusammenhang erwarten wir, dass die Reform der Lehrerbildung und die Arbeit der AQS positive Impulse für die Entwicklung auch dieser Schulart setzen werden.

Im Folgenden beurteilen wir anhand unserer Leitlinien die beiden Anträge der Landtagsfraktionen in der Reihenfolge: Antrag der CDU, Antrag der FDP und anschließend das Konzept des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK).

### **Vorbemerkung:**

Weder der Antrag der CDU, noch der der FDP formulieren ein konkretes, quantifizierbares Ziel, das mit der Verkürzung des gymnasialen Ausbildungsganges von 8 ¾ auf 8 Jahre erreicht werden soll. Eine Zeitleiste findet sich beim Antrag der CDU (freiwillig ab 2007/08, verpflichtend ab 2008/09) und beim Konzept des MBWJK (für 15 Gymnasien an drei Anmeldeterminen ab 2008/09). Die FDP verzichtet auf eine Zeitangabe, was die Frage nach ihren Vorstellungen zum Zeitrahmen offen lässt.

Beide Anträge arbeiten mit der Voraussage, dass unseren Abiturientinnen und Abiturienten durch die längere Schulzeit Nachteile auf dem globalen Arbeitsmarkt entstehen. Das Potential zur Kürzung der akademischen Ausbildung scheint dem Landeselternbeirat eher im universitären Bereich zu liegen. Die hohe Anzahl von Studienabbrechern bzw. – umsteigern spricht hier Bände.

Unserer Erkenntnis nach liegen aufgrund des frühen Stadiums der G8-Umsetzungen in den umgestellten Gymnasialsystemen, noch keine hinreichend, verlässlichen Erfahrungen vor, um solche Vorhersagen überhaupt treffen zu können. Die Tatsache, dass 15 Bundesländer das G8 in den jeweiligen Ausprägungen eingeführt haben, rechtfertigt nicht automatisch, die Umstellung in Rheinland-Pfalz.

Bei der Umstellung auf G8 erwartet der Landeselternbeirat zwingend die Einhaltung bestimmter Qualitätsmerkmale, von denen wir einige bisher in den G8-Bundesländern vermissen.

## **1. G8GTS – analog zur GTS in Angebotsform**

Weder der CDU- noch der FDP-Antrag legt der Einführung des G8 ein Ganztagskonzept zugrunde. Wir halten dies für einen Fehler und lehnen deshalb beide Anträge in diesem Punkt ab.

Die derzeitigen Rahmenbedingungen an Gymnasien bieten den Schülerinnen und Schülern keine besonders lernförderlichen Voraussetzungen. Bei ungünstigen Fahrtzeiten und Stundenplanverteilungen können für die Schülerinnen und Schüler Arbeitstage von bis zu 12 Stunden zustande kommen. Fehlende, vernünftige Verpflegungsangebote, Ruheräume oder Arbeitsplätze, die Still- oder Teamarbeit ermöglichen komplettieren die schlechten Rahmenbedingungen. Die schon heute beklagenswerte Situation der Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe würde auf alle Gymnasiasten ausgedehnt werden. Zwar wäre die Stundenbelastung nach Jahrgangsstufen gestaffelt aber in ihren Auswirkungen deswegen nicht weniger dramatisch.

Wir beklagen zunehmend den Ernährungszustand vieler Kinder und Jugendlichen. Obwohl wir wissen wie wichtig eine gesunde Ernährung für ihre körperliche und geistige Entwicklung ist, also auch für Ihre Konzentrations- und Lernfähigkeit, findet sich nur im Konzept des MBWJK die Ganztagschule als Grundlage des G8. Es geht eben nicht um ein „Kantinen-Abitur“, sondern um die Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler und damit um eine wichtige Voraussetzung für deren Schulerfolg.

Da das Konzept des MBWJK die Leitlinie des Landeselternbeirats das G8 nur in der Version der Ganztagschule einzuführen erfüllt, stimmen wir ihm inhaltlich zu. Wir halten die Ausdehnung der obligatorischen Ganztagschule auf die Orientierungsstufe für sinnvoll. Das Konzept sieht diese nur für die Jahrgänge 7 bis 9 vor. Die Ausgestaltung der G8GTS – analog zur Ganztagschule in Angebotsform – erscheint uns richtig. Dieses Modell berücksichtigt grundlegende Interessen von Kindern und Eltern. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Einrichtung des Sozialfonds und des Härtefonds als einen wichtigen Schritt hin zur Chancengleichheit.

## **2. Überarbeitung und Straffung der Lehrpläne**

Der Antrag der CDU-Fraktion erschöpft sich in arithmetischen Forderungen und lässt Inhalte völlig außer Acht. Einzig die Hoffnung, dass das Festhalten an der KMK-Vorgabe von 265 Pflicht-Unterrichtsstunden keine Einbuße der Qualität des Abiturs mit sich bringt, „...was nationale und internationale Beispiele beweisen“ (Antrag der Landtagsfraktion v. 29.06.2006, S. 1), ist dem Landeselternbeirat nicht beweiskräftig genug. Es gibt noch keine vorzeigbaren Erkenntnisse aus anderen Bundesländern und internationale Bildungsgänge lassen sich nur schwer mit dem deutschen gymnasialen Ausbildungsgang vergleichen.

Der Antrag der FDP-Fraktion bezieht sich dagegen auf die nationalen Bildungsstandards. Daraus leitet er allerdings eine Vermutung ab, die wir aus Erfahrungen mit unseren Kindern und Rückmeldungen aus dem Land so nicht bestätigen können. Er geht davon aus, dass die „neue Lernkultur“ bereits Eingang in die Schulen gefunden hat. Auf diesem Hintergrund diagnostiziert er eine mögliche, geringere Stofffülle, die Freiräume öffnen kann (Antrag der FDP-Fraktion v. 04.07.2006, S. 1).

Leider findet sich auch im Konzept des MBWJK kein Hinweis darauf, dass an eine umfassende Überarbeitung und Straffung der Lehrpläne gedacht wird, sondern lediglich der Hinweis auf die andere Verteilung der Lehrplaninhalte auf die Jahrgangsstufen (Konzeptpapier G8GTS, vom 23.11.2006, Punkt 8, S. 5). Auch der Hinweis, dass für Fächer, „...in denen es sich als erforderlich erweist, neue Lehrpläne erarbeitet“ werden, (Punkt 8, S. 6) lässt eher das Gegenteil erwarten. Um eine Verdichtung des Lernstoffes zu vermeiden, müssen die „Erläuterungen zur Anwendung der geltenden rheinland-pfälzischen Lehrpläne“ (Konzeptpapier G8GTS, vom 23.11.2006, Punkt 8, S. 6) deutliche Vorgaben machen. Wir erwarten und hoffen, dass das ausführende Ministerium diese Gelegenheit nicht verpassen wird, die Stofffülle tatsächlich spürbar zu reduzieren. Hier liegt ein Schlüssel zur

Umsetzung der nationalen Bildungsstandards und der damit einhergehenden „neuen Lernkultur“, die auf dem Erwerb von Kompetenzen nicht von Faktenwissen abzielt.

### **3. Umsetzung der Bildungsstandards**

Dem CDU-Antrag fehlt ein Hinweis auf die Bildungsstandards völlig.

Wie bereits in Punkt 2 unserer Stellungnahme ausgeführt, geht der Antrag der FDP davon aus, dass die Umsetzung der nationalen Bildungsstandards (Konzept der FDP v. 04.07.2006, S. 1) bereits weitestgehend gelungen sei. Der Landeselternbeirat schätzt die Situation der Gymnasien anders ein.

Im Prozess der Umsetzung der nationalen Bildungsstandards sind die Gymnasien unterschiedlich weit von der Zielgeraden entfernt. Genauer gesagt: die Startlinie wurde von vielen gerade erst überschritten. Mit diesem Prozess geht einher die Weiterentwicklung der Lernkultur, nämlich der Erwerb von Kompetenzen statt das Auswendiglernen von abfragbarem Faktenwissen. Das ist *die* große Herausforderung, die in den kommenden Jahren von allen Schulen bewältigt werden muss. In diesem Zusammenhang führt die flächendeckende Einführung des G8 zur Überforderung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern.

Die Hilfestellung, die das MBWJK den Schulen bei der Einführung der Kontingenzstundentafel (Konzept v. 23.11.06, Punkt 3, S. 2) geben wird, ist eine minimal-organisatorische Voraussetzung für das Umsetzen der neuen Lernkultur auf der Grundlage der Bildungsstandards. In Punkt 5. „Unterricht und Hausaufgaben in G8GTS“ (Konzepts v. 23.11.06, S. 3) wird die Unterrichtsorganisation konkretisiert. Rhythmisierung des Unterrichts, Strukturierung der Lernzeit (=Unterrichtszeit) in „Lernzeit im Klassenverband“ oder „individuelle Lernzeit“ ergänzt die organisatorischen Rahmenbedingungen.

Wir erwarten, dass die Schulen dabei begleitet werden und darauf geachtet wird, dass entsprechende strukturelle Veränderungen auch tatsächlich stattfinden. Den Beratern/Moderatoren eines solchen Prozesses kommt eine besondere Bedeutung zu. Gewonnene Erfahrungen können bei den späteren Einführungen implementiert werden.

### **4. Steigerung der Unterrichtsqualität**

Der Antrag der CDU hält die Einhaltung der 265 Unterrichtsstunden (lt. KMK-Beschluss) für eine ausreichende Qualitätssicherung. Der FDP-Antrag bezieht sich auf einen laufenden Prozess auf dem Weg zur Umsetzung der nationalen Bildungsstandards, der noch am Anfang steht. Beide Ansätze halten wir für unzureichend.

Der Landeselternbeirat teilt weder die Hoffnungen der CDU noch die Annahmen der FDP. Wir sind stattdessen der Auffassung, dass die Qualität der Gymnasialbildung, auch bei Einhaltung der KMK-Stundenanzahl, dringend optimiert werden muss. Dies gilt im Übrigen auch für die G8  $\frac{3}{4}$ -Gymnasien. Immer noch werden Schülerinnen und Schüler mit Methoden unterrichtet, die die Eingliederung in die Arbeitsprozesse der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts vorbereiteten. Weder üben sie ausreichend vernetztes Denken durch fächerübergreifenden und/oder projektorientierten Unterricht (als fortschrittlich gilt die Durchführung einer Projektwoche, die oft wenig mit fächerübergreifendem Unterricht zu tun hat) noch Teamarbeitsmethoden, um nur einige Beispiele kommunikativer, Kompetenz entwickelnder Arbeitstechniken zu nennen. Schlagworte wie „Selbstverantwortliches Lernen“ und „Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler“ sind zwar in aller Munde, die dafür notwendigen methodischen und mentalen Voraussetzungen stehen weitgehend aus.

Das vorliegende Konzept des MBWJK bietet den Rahmen, der durchaus Möglichkeiten und Räume für eine deutliche Veränderung von Unterrichtsabläufen bietet. Wir weisen noch einmal darauf hin, dass die Ausgestaltung dieser Räume in direktem Zusammenhang mit den beiden bereits genannten Punkten – „Überarbeitung und Straffung der Lehrpläne“ und „Umsetzung der Bildungsstandards“ – stehen. Auch an dieser Stelle spielt die Beratung der Schule eine zentrale Rolle.

## **5. Umsetzung der individuellen Förderung**

Die individuelle Förderung hat im Antrag der CDU keinen Raum. Die FDP sieht die Möglichkeit besser individuell fördern zu können gegeben, wenn einerseits die Stofffülle reduziert wird und andererseits die Spezialisierung zurück gefahren wird.

Wir stellen fest, dass die Überarbeitung und Straffung der Lehrpläne und die Umsetzung der Bildungsstandards, wie bereits ausgeführt, unabdingbar sind, um individuelle Förderung am G8GTS überhaupt leisten zu können. Die Bedeutung der individuellen Förderung, eine zentrale Erkenntnis aus PISA, ist an den Gymnasien flächendeckend noch nicht angekommen.

Raum für individuelle Förderung ist zwar im Konzept des MBWJK bei der Lernzeit vorgesehen (Punkt 5: Unterricht und Hausaufgaben im G8GTS, Konzept v. 23.11.2006, S. 3), wie deren Ausgestaltung dann in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten. Wir hoffen, dass mehr Zeit zum Lernen auch mehr Zeit für individuelle Förderung bedeuten wird. Wir glauben aber nicht, dass dies „automatisch“ geschehen wird. Auch hierzu bedarf es einer intensiven Beratung.

## 6. Durchlässigkeit

Der Antrag der CDU fordert die Durchlässigkeit für qualifizierte Schülerinnen und Schüler. Die Möglichkeit zum Gymnasium wechseln zu können, spielt beim Antrag der FDP keine Rolle. Das wirft die Frage auf, wie sie zur Durchlässigkeit steht.

Das Konzept (Punkt 9, S. 6) des MBWJK lässt erkennen, dass die Durchlässigkeit angestrebt wird. Folgende Punkte können so interpretiert werden:

- Die Angleichung der Stundenzahl in der Orientierungsstufe im G8 und G8  $\frac{3}{4}$  auf 30 Wochenstunden
- Die Erweiterung der Oberstufe auf 3 Jahre
- Die Vorbereitungsphase für die Oberstufe in Jahrgang 10
- Die Lernzeitorganisation mit individueller Förderung

Inwieweit das G8 tatsächlich eine Alternative zum G8  $\frac{3}{4}$  sein kann, wird sich weisen. Umsteiger aus anderen Schularten werden nach dem Sek.-1-Abschluss noch einmal in die Jahrgangsstufe 10 einsteigen müssen. Ob und in welcher Häufigkeit der Umstieg gelingen wird, bleibt abzuwarten. Vorhersehbar ist, dass er nur noch ein „Gelenkstellen“ möglich sein wird (erschwert in Jahrgang 7 und in Jahrgang 10). Wo Schüler und Eltern Alternativangebote vorfinden, hält sich das Problem bei nur 15 angestrebten G8GTSen in Grenzen. Im ländlichen Raum, in dem die Auswahl an gymnasialen Angeboten eingeschränkt ist, muss deshalb eine regional ausgewogene Zulassung stattfinden.

## 7. Hausaufgabenkonzept

Weder der Antrag der CDU noch der der FDP befassen sich mit dieser Thematik.

Das G8GTS-Konzept geht darauf in Punkt 5: „Unterricht und Hausaufgaben in G8GTS“ ein (Konzept v. 23.11.2006, S. 3, 4):

- Sie müssen weitgehend in die schulische Arbeit integriert werden
- Hausaufgaben können sein: „...Vorwiegend mündliche Aufgaben und „gewisse schriftliche Aufgaben...“, bei denen Recherchen notwendig sind...über einen längeren Zeitraum...“

Ein schwieriger Lernprozess für die neuen Ganztagschulen in Angebotsform war das sinnvolle Stellen und die reibungslose Erledigung der Hausaufgaben innerhalb der Schulzeit. Diese Leistung wurde und wird von den Eltern erwartet. Es ist weder Schülerinnen und Schülern noch deren Eltern zuzumuten, dass die volle Last der Hausaufgaben nach Schulschluss den Familienfrieden gefährdet. Zumal eine große Zahl von Gymnasiasten lange Anfahrtswege bewältigen muss.

**Schlussbemerkung:**

Der Landeselternbeirat weist auf den in der Übergangsphase entstehenden zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften hin. Bei anhaltendem Lehrermangel muss eine überproportionale Benachteiligung der G8- $\frac{3}{4}$ -Gymnasien vermieden werden. Zusätzlich erwarten wir die Erarbeitung bzw. Prüfung geeigneter Konzepte, um Integrierte Gesamtschulen beteiligen zu können.

Die Prüfung der Anträge der CDU- und der FDP-Landtagsfraktionen sowie des vorliegenden Konzeptes des MBWJK anhand der Leitlinien des Landeselternbeirats zeigt, dass nur das Konzept des MBWJK diese hinreichend erfüllt. Schließlich scheint es als einziges geeignet unsere Zielvorgabe – mehr bzw. wenigstens genauso viele Abiturientinnen und Abiturienten – zu berücksichtigen.

Der Landeselternbeirat unterstützt deshalb das Konzept des MBWJK.

Für den Landeselternbeirat

Gez. Gabriele Weindel-Güdemann  
Stv. Sprecherin des Landeselternbeirats Rheinland-Pfalz